
FDP Marburg-Biedenkopf

NÖLKE IN MARBURG

23.10.2020

Nölke besucht soziale Einrichtungen in Marburg

Marburg. Der Kasseler FDP-Bundestagsabgeordnete Matthias Nölke war am 22. Oktober in Marburg, um sich vor Ort in sozialen Einrichtungen über deren Arbeit und Einsatz zu informieren.

Erste Station der Reise war ein Besuch beim Lebenshilfswerk Marburg-Biedenkopf. Nölke, der für die FDP im Ausschuss für Arbeit und Soziales im Bundestag sitzt, zeigte sich sehr beeindruckt von dem was das Lebenshilfswerk hier leistet. Es sei für viele Menschen in der Region eine wichtige Einrichtung ohne die oftmals kein normaler Arbeitstag möglich sei. Das Lebenshilfswerk begleitet Menschen mit Behinderung, damit diese gleichberechtigt und selbstbestimmt am Leben in der Gesellschaft teilnehmen können. Es ist ein wichtiger und verlässlicher Partner für Menschen mit Behinderungen, deren Angehörige, Behörden sowie Industrie, Handel und Handwerk.

Im Anschluss ging es für Nölke, der vom Kreisvorsitzenden der FDP Marburg-Biedenkopf, Werner Böhm, begleitet wurde, zur Marburger Tafel. Nölke betonte, dass die Arbeit der Tafeln durch nichts zu ersetzen sei. Viele Menschen seien auf das Angebot der Tafeln angewiesen und könnten nur so ihre Familien ernähren. "Leider hat die Corona-Krise auch vor den Tafeln nicht haltgemacht und lässt die Zahl der Bedürftigen steigen und gleichzeitig die Zahl der Spenden sinken", sagte Nölke. "Das ist nicht nur hier in Marburg der Fall, sondern dies konnte ich auch im Rahmen meiner Sommer-Tour feststellen. Landauf landab sind es insbesondere die sozialen Einrichtungen, die unsere Gesellschaft prägen. Daher müssen wir alles dafür tun, dass diese auch nach der Corona-Krise noch existieren und sich um die Belange von Bedürftigen und von Menschen mit Beeinträchtigungen kümmern können."

Abschließend betonte Nölke, dass er weiterhin soziale Einrichtungen in ganz Hessen

besuchen wird und resümierte, dass viele Probleme ähnlich seien. Insbesondere Covid-19 bringe viele Einrichtungen vor problematische Situationen und er werde sich in Berlin für deren Interessen und Belange einsetzen.